

## Rede zum Haushalt 2020 Sitzung des Stadtrates am 28. November 2019

Hanne Wolf-Kluthausen  
Fraktionsvorsitzende FDP Korschenbroich

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Herren Beigeordnete,  
liebe Kollegen und Kolleginnen des Rates,  
meine Damen und Herren,

Da haben die Korschenbroicher Bürger und Bürgerinnen wohl Glück gehabt – Baulandmanagement macht es möglich! Im Haushaltsplan 2020 und im Haushaltssanierungsplan 2012 bis 2021 waren bereits nach 2019 weitere Grundsteuererhöhungen und dieses Mal auch eine Gewerbesteuererhöhung vorgesehen. Die Grundsteuer B sollte nun um weitere 10 Prozent auf den Hebesatz von 650 v.H. erhöht werden. Jetzt erst mal also nicht! Was ist passiert: Die Erträge Baulandmanagement erhöhen sich kurzfristig wegen des Verkaufs der Mehrfamilienhaus-Grundstücke im Neubaugebiet „Westlich-Dietrich-Bonhoeffer-Straße“ in Kleinenbroich.

Liebe Kollegen und Kolleginnen,  
meine Damen und Herren,

Jetzt erst einmal also Aufatmen, oder doch nicht? Der Haushalts-Sanierungsplan ab 2021 lässt nichts Gutes erahnen. Steuererhöhungen werden kommen, das ist sicher! Selbst mit bereits eingeplanten Grundsteuer- und Gewerbesteuererhöhungen ist für 2021 nur ein **vages** positives Ergebnis zu erwarten. Danach sind Verluste

vorprogrammiert. Offene Posten, wie Kreisumlage, Jugendamtsumlage und Gewerbesteuer, nicht eingerechnet. Die Gründe sind vielschichtig:

- Die Konsolidierungshilfe des Landes läuft 2020 aus,
- keine größeren Erträge aus Baulandmanagement sind zukünftig zu erwarten,
- Fördermittel u.a. auch „Gute Schule 2020“ laufen aus,
- die Konjunktur schwächelt, Ausgang offen,
- CDU/SPD haben die Kommunalwahl eröffnet und sehen durch die einmaligen Verbesserungen von ca. 2 Mio. EUR durch den Verkauf der Grundstücke in Kleinenbroich und der Verschiebung der Steuererhöhungen auf späteren Zeitpunkt Spielraum für weitere Ausgaben.

Korschenbroich mit seinen rund 33.000 Einwohnern macht sich auf den Weg den durchschnittlichen Hebesatz von 694 v.H. **aller Stärkungspaktkommunen** zu knacken. In jedem Jahr beschwört der Bürgermeister in seiner Haushaltsrede, dass Korschenbroich eigentlich im Verhältnis zu anderen Stärkungspaktkommunen einen zu niedrigen Hebesatz hat. Jetzt sind wir also am Scheideweg angekommen!

Bis 2021 sind wir an die Richtlinien des Stärkungspaktes II gebunden, d.h. ausgeglichener Haushalt. Danach, ich zitiere was man vieler Orts und auf den Rathausgängen zu hören bekommt „sind wir frei“. Hoffentlich geht nicht wieder alles von vorne los. **Ich kann nur empfehlen, eine solide und aktive Haushaltspolitik auch zukünftig zu verfolgen.** Es hat lange gedauert, - viel zu lange, bis Konsolidierungsmaßnahmen endlich beschlossen wurden. Viele Studien und Einschränkungen waren lehrreich und haben gezeigt, wie es geht. Daran sollten sich Verwaltung und Mehrheitsfraktionen stets erinnern!

Kommen wir jetzt zur Gewerbesteuer und Wirtschaftsförderung. Hier vermisse ich bezüglich unseres Antrages bei CDU und SPD weiterhin den notwendigen wirtschaftspolitischen Weitblick. Ist es doch eigentlich ein Thema, was sich der Bürgermeister seit seinem Amtsantritt vorgenommen hat zu verbessern. Bisher waren wir uns einig, dass an der Gewerbesteuer nicht geschraubt wird. Alle

Wirtschaftsvereinigungen warnen seit Jahren und besonders aktuell vor einen solchen Schritt.

Wir haben in unserem Antrag bei den Haushaltsberatungen für 2020 gefordert, dass die Gewerbesteuer auf dem derzeitigen Niveau bleiben soll, solange ausgewiesene neue Gewerbestandorte nicht belegt sind. Vor allem ist vorrangig damit das Gebiet Glehner Heide II gemeint. Dies muss eine Grundsatzentscheidung sein. **Aktives Handeln ist gefragt. Wir brauchen Gewerbesteuereinnahmen nicht durch Gewerbesteuererhöhungen sondern durch Ansiedlung neuer Unternehmen mit attraktiven Rahmenbedingungen und kreativer Wirtschaftsförderung.** Zu bedenken ist dabei die sich abzeichnende Eintrübung der Konjunktur, aber auch der stattfindende Wettbewerb um gewerbliche Neuansiedlung im Rhein-Kreis Neuss und dem angrenzenden Mönchengladbach. Durch eine Erhöhung der Gewerbesteuer würde in Korschenbroich der höchste Gewerbesteuersatz im Rhein-Kreis Neuss zum Ansatz kommen und so die Attraktivität von Korschenbroich als Gewerbestandort negativ beeinflussen. Wir müssen davon ausgehen, dass andere Städte die Gewerbesteuer sogar senken. Solche Überlegungen gibt es!

Liebe Kollegen und Kolleginnen,  
meine Damen und Herren,

Wir brauchen darüber hinaus in Zukunft auch **neue Gewerbeflächen**. Der geänderte Landesentwicklungsplan (LEP) gibt mehr Möglichkeiten für Kommunen im ländlichen Raum, das muss genutzt werden. Im Zusammenhang mit dem Strukturwandel gibt es außerdem Initiativen der betroffenen Bürgermeister bei der Bezirksregierung vorstellig zu werden, damit der restriktive Kurs aufgegeben wird. Hier sollte sich auch Korschenbroich **aktiv** beteiligen. Hierüber wird sicherlich noch zu diskutieren sein, da dies auf den Planungsausschuss verwiesen wurde.

Ich möchte jetzt noch einmal zur Grundsteuer und unserem Antrag „Aufkommensneutralität der Grundsteuer“ im Zusammenhang mit der

Grundsteuerreform zurückkommen. Es ist zurzeit noch nicht klar, welches Modell – wertabhängiges Modell oder Flächenmodell – für NRW infrage kommt. Auch muss erst ab 2025 auf Basis der erneuerten Werte besteuert werden. Da die tatsächliche Neubewertung aber sehr aufwändig ist, muss Politik und Verwaltung sich damit befassen. Wir forderten in unserem Antrag eine **Selbstverpflichtung**, dass die Hebesätze nach Inkrafttreten der Reform so anzupassen sind, dass das **Grundsteueraufkommen stabil** bleibt. Dabei kommt es bei einzelnen Bürger und Bürgerinnen zu Verschiebungen bei der Steuerhöhe. Für manche wird das bedeuten, dass sie künftig mehr bezahlen müssen als bisher, während andere weniger bezahlen.

Die Diskussion ist sicher zu diesem Thema noch nicht zu Ende, jedoch konnte man bei den Haushaltsberatungen bereits deutlich von der CDU hören, dass man sich dieses Potenzial nicht von vorneherein nehmen lässt. Schon bei der Einbringung des letzten Haushalts 2019 ging der Bürgermeister in seiner Haushaltsrede davon aus, dass die Grundsteuerreform für Korschenbroich eher günstig ausfallen wird und sprach damals schon von einem Hebesatz von etwa 645 Punkten, nur auf Basis der Grundsteuerreform. **Es wird also noch teurer!**

Der Haushalt ist langfristig krank, ich habe es beschrieben. Der Abwasserbetrieb ist und wird weiterhin die „Melkkuh“ bleiben mit Aussicht auf **künftige Gebührenerhöhungen** in den nächsten Jahren. Bereits für 2019 hat man für den städtischen Haushalt den gesamten Gewinn des Abwasserbetriebes verbucht. Zukünftig, frühestens ab 2020, sollte das Schütt-aus-hol-zurück-Verfahren zur Anwendung kommen; einige hier aus unserer Runde können sich sicherlich noch erinnern.

Davon ist jetzt keine Rede mehr. Interessiert ist man nur noch an **Gewinnvorträge**, die direkt an den Kernhaushalt auszuschütten sind. Wir hatten schon bei den letzten Haushaltsberatungen darauf hingewiesen, dass dies nicht zur Aushöhlung beim städtischen Abwasserbetrieb führen darf. Und die bisherigen Rücklagen für

Anlageninstandsetzung dürfen nicht abgeschmolzen werden. Nun kam es bei der Abstimmung im Betriebsausschuss vom 12. November 2019 gar nicht mehr zur Abstimmung über Variante A (Teil-Ausschüttung von 729 T€ und 601 T€ Rücklage für Anlagenerhaltung) oder B (vollständige Ausschüttung und Gewinnvortrag), sondern CDU/SPD stellt ausschließlich Variante B zur Abstimmung. Die zweckgebundenen Rücklagen aus Landeszuweisungen von 11,1 Mio. EUR sollen ebenfalls über mehrere Jahre aufgelöst werden. Ich wiederhole mich – zukünftige Gebührenerhöhungen sind vorprogrammiert!

Liebe Kollegen und Kolleginnen,  
meine Damen und Herren,

Exakte Planungen und Planungssicherheit sind für jeden Haushalt wichtig. Anfang des Jahres gab es viel zu diskutieren, ob die seit 2010 bestehende Deckelung des Zuschusses an die Kreis-Musikschule von 250.000 EUR nach so langer Zeit noch Bestand haben kann. Mehrbelastungen bei Personal aber auch aufgrund der hohen Angebotsnachfrage aus Korschenbroich sind seitdem entstanden und können nicht aufgefangen werden, so Tenor der Kreis-Musikschule. Die Kreis-Musikschule drohte mit Leistungseinschränkungen. Insgesamt handelt sich bei der Kreis-Musikschule um freiwillige Leistungen, die wir als Stärkungspaktkommune stets im Auge behalten sollten.

Die FDP hat trotzdem den Antrag eingebracht, eine neue Deckelung zu planen, die Kostenanpassungen überflüssig machen soll und vor allem **Planungssicherheit** im Haushalt liefert. Der neue Deckel soll auf 270.000 EUR und damit um 8 Prozent angehoben werden. Unvorhergesehene Nachforderungen, wie in 2019, sollen vermieden werden und zur besseren Transparenz beitragen. Leider fehlt auch hier ein konsequentes Handeln. CDU/SPD wollen die Deckelung bei 250.000 EUR belassen, sind aber bereit die Nachforderungen stets mitzutragen. Es ist damit davon auszugehen, dass jährliche umfangreiche Diskussionen mit anschließendem Einknicken zur Tagesordnung werden.

Die durchgeführte Organisationsuntersuchung führte schon bei den letzten Haushaltsberatungen bis heute zu Diskussionen und Klärungsbedarf. Die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen ist nach Aussage der Verwaltung noch in vollem Gange. Auf unsere mehrfache Nachfrage bezüglich erwartetem und bereits erzieltm Einsparpotenzial, wird von Seiten des Bürgermeisters darauf hingewiesen, dass dies gar nicht die Zielsetzung der Organisationsuntersuchung war.

Für uns unverständlich, dass festgestellte Potenziale, wie optimierte Prozessabläufe und flachere Hierarchien, bis dato keine nachweislichen Einsparungen mit sich bringen. Entgegen betriebswirtschaftlich gebotenen Grundsätzen einer kostenoptimierten Betriebsführung wird eher Personal aufgebaut.

Im Übrigen wird auf unsere Anfrage zu den im Rahmen der Organisationsanalyse festgelegten Maßnahmen wie z.B. die Erweiterung der vorhandenen Zieldefinitionen; Steuerung über Kennzahlensysteme; Einführung von Berichtswesen; jährliche Programmkonferenz; Einführung eines Dokumentenmanagement-Systems zur Digitalisierung und Optimierung der Verwaltungsabläufe, eher ausweichend geantwortet. „Alles ist in Bearbeitung und wir können nicht noch mehr einsparen“! Dies ist eine „weiter so“ Politik auf Kosten der Bürger und Bürgerinnen und Steuerzahler! Wir fordern hier eine umfassende und detaillierte Information der Ratsmitglieder über den bisher erreichten Fortschritt sowie der konkret erzielten Einsparungen.

Zum Schluss meiner Rede möchte ich nicht unerwähnt lassen, dass wir als Freie Demokraten eine zukunftsgerichtete Stadtplanung mit einem **realistischen** Klimakonzept unterstützen werden. Aktionismus und Verbote werden nicht helfen. Die Agenda Werk.Stadt.Zukunft bietet Gelegenheit zum Austausch. Grundvoraussetzung ist allerdings den bestehenden **Finanznotstand** mit aktivem Handeln zu lösen und nicht immer nur auf „die Taschen“ der Bürger und Bürgerinnen

zu zielen. Nur so wird Korschenbroich wirklich stark. Da ist noch viel Überzeugung zu leisten!

***Die FDP Fraktion stimmt dem Haushaltsentwurf und dem Haushaltssanierungsplan 2020 nicht zu.***

Vielen Dank!